

Medienmitteilung

Binz, 4. November 2008



Von Heinz Gstrein*

Stiftung CSI-Schweiz
Zelglistrasse 64 / Postfach 70 / CH-8122 Binz (ZH)
Tel 044 / 982 33 33 / Fax 044 / 982 33 34

Christian Solidarity International (CSI)
Zelglistrasse 64 / P.O. Box 70
CH-8122 Binz / Switzerland
Tel +41 44 982 33 33 / Fax +41 44 982 33 34

E-Mail / Internet
info@csi-schweiz.ch / www.csi-schweiz.ch

Türkei

Atatürks seltsame Erben: Nationalisten kämpfen gegen EU und Christen.

Die Türkei will in die EU – aber sie hat enorme Mühe, ihre eigene Identität zu finden. Politiker wie Erdogan und Präsident Gül wollen zurück zu den osmanisch-islamischen Zuständen. Militärische Kräfte wollten mit Terrorakten einen Putsch vorbereiten, um dies zu verhindern. Jetzt sind 80 Personen angeklagt – darunter viele ranghohe Politiker und die Patriarchin der türkisch-orthodoxen Kirche. Dieser Mamutprozess findet in der Öffentlichkeit grosse Beachtung. Kaum öffentlich wahrgenommen wird, dass in den türkischen Gerichtssälen immer wieder Menschenrechtsaktivisten und Christen auf der Anklagebank sitzen. Die abstruse Situation ist auch ein Erbe der Religionspolitik des Reformers und Machtpolitikers Kemal Atatürk, der mit einer regimekonformen Staatskirche die Christen gefügig machen wollte.

Ein Hintergrundbericht von Heinz Gstrein.

Das malerische Silivri am Marmara-Meer ist für seine Badestrände und Fischlokale bekannt. Dort schiessen aber nicht nur die Ferienhäuser aus dem Boden. Auch die türkische Justiz verlegt heikle Prozesse, die drinnen in der Großstadt zu viel Aufsehen erregen, hinaus ans Gericht von Silivri; so verschiedene Verfahren gegen Menschenrechts- und Linksaktivisten oder zuletzt einen nicht gerade rühmlichen Christenprozess: In ihm mussten trotz durch die Verfassung der modernen Türkei garantierter Religionsfreiheit frühere Muslime vor den Kadi, die sich zu Christus bekehrt hatten und diesen auch eifrig verkündeten, Bibeln verteilten, ihre Freunde und Bekannten zu bekehren versuchen.

Mammutprozess gegen rechtsnationale Verschwörer

Nun aber stehen in Silivri über 80 rechtsnationale Verschwörer vor Gericht. Der Saal kann die Angeklagten gar nicht fassen, so dass das Verfahren inzwischen zweigeteilt wurde. Aber von Verhandlungen fern aller Öffentlichkeit ist diesmal keine Rede.

Der Badeort macht im Moment mehr Schlagzeilen als die Hauptstadt Ankara; und das sonst so stille Silivri wird von Demonstrationen für die mutmaßlich in die Putschpläne Verwickelten erschüttert.

Immerhin handelt es sich bei ihnen um ranghohe Militärs - zwar im Ruhestand, Beamte, sogar um Richter und Staatsanwälte, welche die Türkische Republik und das weltlich-areligiöse Vermächtnis von Staatsgründer Atatürk gewaltsam vor dem Rückfall in osmanisch-islamische Zustände wie unter dem Sultan bewahren wollen. In ihren Augen ist es nämlich die islam-demokratische AKP von Premier Erdogan und Präsident Gül, die genau das anstrebt: Mit ihrer schleichenden Wiederver-schleierung der Frauen durch Kopftuch und lange Gewänder, neue Trennung der Geschlechter, Förderung des religiösen Schulwesens bis zu islamischen Uni-versitäten hinauf und Verdrängung des Alkohols aus der Öffentlichkeit. Auch der türkische Europäisierer Kemal Atatürk soll einem guten Tropfen nicht abgeneigt gewesen sein.

EU oder osmanisch-islamisches Vermächtnis

Seit Kemal Atatürk vor bald 80 Jahren, am 10. November 1938 verstarb, wird in der Türkei um den richtigen Weg seiner Nachfolge gerungen. Die Richtigkeit seiner eigenen, vor allem gegen das islamische Staatsverständnis der alten Türkei gerichteten Reformen wird von niemand in Frage gestellt, ist in Ankara oberste, unumstössliche Doktrin. Jedoch um die Frage, ob die kemalistischen Reformen weitergeführt oder eher den alten Traditionen wieder angepasst werden sollen, geht am Bosphorus seit Atatürks Tod ein heftiges Ringen. Wäre er noch am Leben, wäre sein Vermächtnis richtig fortgeführt worden, dann gäbe es heute keine Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei, wäre Ankara schon längst in Brüssel Mitglied – meint die eine Seite. Doch dem wird entgegnet: Die Türken müssten auch ihr osmanisch-islamisches Vermächtnis wieder stärker in heutiges Selbstverständnis und ins öffentliche Leben einbringen.

Terrorakte sollten Militärputsch vorbereiten

Über dieser Streitfrage hat es in der Türkei seit Atatürks Tod sogar militärische Staatsstrieche und Schauprozesse mit Hinrichtungen gegeben. Linke Stadtguerillas haben für ihre marxistische Weiterentwicklung des Kemalismus gekämpft. Aber noch nie gab es eine Verschwörung hoher und höchster Staatsdiener zur Rettung des Atatürkismus wie jetzt mit der Untergrundbewegung «Ergenekon».

Im Februar waren die ersten Verhaftungen erfolgt, niemand wollte so recht daran glauben, dann brach die Lawine los: Es ging um jenen sagenhaften Berg Ergenekon im fernen Altai-Gebirge, wo um 550 Khan Bumin, zu Deutsch die «Rauchwolke», die Urtürken gesammelt und vor den Avaren gerettet haben soll. Eine heutige Rolle dieses Symbols zur Rettung alles Türkischen vor EU, Verwestlichung und Verchristlichung wollte nun eine gleichnamige Untergrundbewegung «Ergenekon» übernehmen, das Land durch Terrorakte reif für eine Machtergreifung von Militär und Ultranationalisten machen.

Atatürks Staatskirche auf der Anklagebank

Auf der Anklagebank von Silivri glänzt neben pensionierten Generälen und Höchststrichern und dem Führer einer sich ganz national-sozialistisch verstehenden «Arbeiterpartei» als recht seltsame Frucht kemalistischer Religionspolitik die Patriarchin einer türkisch-orthodoxen Kirche. Sie war nach dem Vorbild der «Deutschen Christen» von einst – auch sonst neigte Atatürk oft gefährlich bald Hitler, bald Stalin zu – gegründet worden, um die restliche christliche Minderheit in der Türkei regimekonform auf Vordermann zu bringen. Diese «Kirche» ist

inzwischen ein reiner Familienbetrieb geworden. Nach zwei Patriarchen übernahm 2002 die Enkelin des Gründers die Zügel, Sevgi Erenerol. Gottesdienste gab es keine mehr, die zwei Kirchen in Istanbul dienten dieser Ergenekon-Verschwörung als Schlupfwinkel. So muss jetzt die Patriarchin Sevgi ganz vorn auf der Anklagebank sitzen.

*** Heinz Gstrein**

Dr. phil., ist promovierter Orientalist und ausgebildeter Theologe. Er lebte jahrzehntelang als Korrespondent von Radio DRS und NZZ in der islamischen Welt und ist Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Abhandlungen und Sachbücher zum Thema Islam. Heute lebt er bei Zürich und lehrt an den Universitäten Wien und Bratislava Balkantürkische Geschichte und Kultur sowie Osmanisch-Islamisches Recht.

Christian Solidarity International (CSI)

CSI ist eine christliche Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und hilft Glaubensverfolgten, Not leidenden Kindern und Katastrophenopfern. Gegründet wurde CSI vor über 30 Jahren. Auslöser für die Gründung des Werkes waren 1975 Schweigemärsche in Bern und in Zürich für die verfolgten Christen in der früheren Sowjetunion. CSI will dazu beitragen, dass alle Menschen in Freiheit leben und aus freien Stücken ihren Glauben wählen und praktizieren können (Art. 18 der UNO-Menschenrechtserklärung). Heute ist CSI in 11 Ländern vertreten. Am Hauptsitz in Zürich arbeiten 18 Personen. Geschäftsführerin ist Annette Walder.

Weitere Informationen:

Ueli Haldemann

Zelglistrasse 64

CH-8122 Binz

044/982 33 33

ueli.haldemann@csi-schweiz.ch

www.csi-schweiz.ch/medien